

Kurzinfo 501 aus Energie, Wissenschaft und Technik **12. Juli '17**

- 1. Deutschlands teurer Energie-Irrweg:** Die milliardenschwere Förderung „grünen“ Stroms in Deutschland hat praktisch null Klimaschutzwirkung führt aber zu einem gefährlich steigenden Strompreis. Das reine Subventionsvolumen über das EEG beträgt mittlerweile mehr als 25 Mrd. € pro Jahr, also mehr als 3.000 € pro Bürger und Jahr. Hinzu kommen Kosten für Netzausbau Offshore-Haftungsumlagen und vieles mehr. Bis 2015 beliefen sich die Kostender Energiewende auf rund 150 Mrd. €, die in den nächsten 10 Jahren auf insgesamt 520 Mrd. € ansteigen werden. Mit den Mrd. Förderungen wird keine einzige Tonne CO₂ in Deutschland oder der EU eingespart. **Warum Angela Merkel , die als Physikerin diesen Zusammenhang wohl verstanden haben wird, den teuren und politischen Irrweg nicht beendet, gehört zu den großen Rätseln.** Das energiepolitische Programm ist nach wie vor überaus dirigistisch angelegt. Markt und Wettbewerb spielen eine untergeordnete Rolle, vieles wird staatlich vorgegeben. Erinnerung an die gescheiterte Planwirtschaft der früheren DDR. Selbst bei den zunehmend zu beobachtenden negativen Strompreisen (weil es zu bestimmten Zeiten ein Überangebot an Wind- und Solarstrom gibt, fällt der Strompreis an der Börse auf unter null !) produzieren die Erzeuger von Ökostrom weiter und kassieren die staatlich festgelegt Einspeisevergütung. **Aus ordnungspolitischer Sicht wäre daher zu fordern: Der Einspeisevorrang für ungesichert erzeugten „erneuerbaren“ Strom sollte vollständig abgeschafft werden und die Erzeuger von grünem Strom sollten sich selbst um die Vermarktung kümmern,** wie es sonst in der Marktwirtschaft üblich ist. Insgesamt muß man von **einem energie- und klimapolitischen Irrweg der Merkel-Regierung** sprechen. Volkswirt Prof. Dr. Justus Haukamp, Direktor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie (DICE) an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in der FAZ 26.6.2017 S.16.
- 2. Schon in den 70er Jahren haben die skandinavischen Länder den Multikulturalismus früher als der Rest Europas zur Staatsräson erklärt und suchen jetzt** verzweifelt nach der **Notbremse.** mit vielen Einwanderern , Asylanten und echten Flüchtlingen ohne auf deren Assimilation in die Mehrheitsgesellschaft zu bestehen. Die Grundlage hatte der schwedische Ministerpräsident Olof Palme gelegt. Die Assimilation als Konsens wurde aufgegeben. In Schweden wurde eine versprochen. Zugleich erhielten Einwanderer in Schweden gesetzlichen Anspruch auf Unterricht in den Schulen Diese Länder öffneten großzügig die Tore für außereuropäische Einwanderer und das Wahlrecht bei Kommunal- und Einwanderungsbehörde eingerichtet. Den Einwanderern wurde der gleiche Lebensstandard wie den Einheimischen Landtagswahlen. Norwegen und Dänemark folgten zunächst dem Beispiel Schwedens und holten sich damit den Konfliktstoff ins Land: Parallelgesellschaften,, Kriminalität, Integrationsverweigerung muslimischer Einwanderer. Zur Ernüchterung und Kehrtwende der Dänen haben viele Faktoren beigetragen, daß die hohen Kosten der außereuropäischer Einwanderer, die 8 % der Bevölkerung stellen, den hochentwickelten dänischen Wohlfahrtsstaat zu sprengen drohen. Schweden ist dagegen weiterhin zum Paradigma eines an der Unvereinbarkeit von Wohlfahrtsstaat, Multikulturalismus und schrankenloser Einwanderung gescheiterten europäischen Staates geworden. Das weist fatale Parallelen zum Sonderweg Deutschlands unter Angela Merkel in Europa auf. Junge Freiheit 7.7.2017 S.19.
- 3. Scharfe Kritik an Sachsens Grünenchef RA Jürgen Kasek (im blauen Hemd) wegen Teilnahme bei „Welcome to Hell“ in Hamburg.** Auf dem Foto ist Kasek vor einer Kette aus hochgerüsteten Polizisten zu sehen, die ihm den Weg versperren. Kasek verteidigt Linke in Leipzig und ist Vorstandssprecher der sächsischen Grünen. Kasek selbst sagt: er sei nur als Beobachter in Hamburg gewesen. Leipziger Volkszeitung 11.7.2017
- 4. „Die Strategie der Polizei in Hamburg. ist kolossal gescheitert“** Kommentar bei t-online am 11.7.2017
- 5. Bei einem Auftritt an der Universität Bochum wird Christian Lindner von Demonstranten permanent beschimpft. Doch der FDP-Chef reagiert cool und bekommt am Ende sogar Applaus.** T-online 23.7.3027
- 6. Chinesische Unternehmen planen oder errichten über 700 neue Kohlekraftwerke** im eigenen Land, aber auch weltweit, darunter einige in Ländern, in denen heute nur wenig oder noch gar keine Kohle verbrannt wird. Dies geht aus Auswertungen von *Urgewalt* hervor, einer in Berlin ansässigen Umweltgruppe. Viele dieser Kraftwerke stehen in China, aber nach Kapazität befindet sich etwa ein Fünftel dieser neuen Kohlekraftwerke in anderen Ländern. **Vergesst Paris - Weltweit sind 1.600 Kohlekraftwerke in Bau oder Planung** WWW.EIKE-klima-energie.eu **8.7.2017.**